

Nein zum Ausverkauf von Afrika

INKOTA-Aktionszeitung
Welternährung
April 2010

INKOTA
netzwerk e.V.



Mosambik im Visier von Investoren

Eines der ärmsten Länder der Welt verscherbelt fruchtbares Ackerland. Die Großprojekte der ausländischen Investoren haben dramatische Auswirkungen auf die Menschen vor Ort. **Seite II**



Ackerland: Besser als Gold?

Ackerland ist als lukrative Finanzanlage in den Blick von Banken und Investmentfonds gerückt. Auch die Deutsche Bank Gruppe ist an Landspekulationen beteiligt. **Seite III**

Hunger auf Veränderung
INKOTA unterstützt Kleinbauern im Kampf gegen großflächige Landnahmen in Mosambik. **Seite IV**

Regierungsvertreter aus Mosambik, Äthiopien, Sudan und Kambodscha sind derzeit sehr beschäftigt. Milliarden schwere Gäste geben sich seit Monaten die Klinke in die Hand: Chinesische Wirtschaftsvertreter, Agrarexperten aus Kuwait, schwedische Konzernmanager und englische Investmentbanker. Die Besucher kommen aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt, aber sie wollen alle das Gleiche: Ackerland. Es geht darum, Kauf- oder Pachtverträge über mehrere tausend Hektar Land auszuhandeln. Die Dimension dieser Landkäufe ist gigantisch. Allein zwischen den Jahren 2006 und 2009 wurden Schätzungen zufolge zwischen 22 und 50 Millionen Hektar Land in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investoren verkauft oder auf mehrere Jahrzehnte verpachtet. Zum Vergleich: Die Ackerfläche der gesamten Europäischen Union beträgt 97 Millionen Hektar.

Die Investoren kommen insbesondere aus Staaten, die nicht über genügend Ackerland und Wasser verfügen, um ausreichend Nahrungsmittel für die einheimische Bevölkerung anzubauen. Mehrere große saudische Unternehmen haben sich bereits zusammengeschlossen und wollen umgerechnet 67 Millionen Euro in den Anbau von Weizen, Reis, Zucker und Sojabohnen in asiatischen und afrikanischen Ländern investieren. Unterstützt werden die privaten Investoren dabei von der Saudischen Regierung. Eines der Zielländer ist ausgerechnet Äthiopien. In dem ostafrikanischen Hungerland sind mehr als 13 Millionen Menschen von Nahrungsmittelhilfen abhängig. Im März 2009 wurden die ersten Reislieferungen an der hungernden Bevölkerung vorbei nach Saudi-Arabien verschifft.

Grünes Gold für Banken und Investmentfonds

Verschärft wurde der Wettlauf um Land auch durch die massive Förderung von Agrarkraftstoffen in Europa und den USA. Allein im Jahr 2007 haben sich in Mosambik Energiekonzerne für fünf Millionen Hektar Land beworben – ein Siebtel der fruchtbaren Fläche. Die geplatze Immobilienblase in den USA und der Absturz der Aktienmärkte im Kontext der globalen Finanzkrise haben Ackerland als sichere Finanzanlage in den Blick von Banken, Investmentunternehmen und Finanzinstituten gerückt. Mit der prognostizierten steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Energiepflanzen sowie den Szenarien zu den Auswirkungen der Klimakrise auf die Landwirtschaft bietet Ackerland eine attraktive Geldanlage. Banken und Investmentfonds versprechen attraktive Renditechancen und Gewinnaussichten.

Land zum Schnäppchenpreis

Die Investoren bezahlen in der Regel pro Hektar weniger als acht Euro. Und sie kommen mit großen Versprechen: Sie geben an, Arbeitsplätze zu schaf-

Afrika stürzt ins Bodenlose

Landrausch Ausländische Investoren haben innerhalb von drei Jahren allein in Afrika 20 Millionen Hektar Ackerland aufgekauft. Während die lokale Bevölkerung an Hunger leidet, produzieren die Investoren Nahrungsmittel und Energiepflanzen für den Export.



Gemeinschaftliche Arbeit in einer Frauenkooperative in Mosambik. Der Zugang zu Land ist für die Menschen in vielen Ländern Afrikas existenziell für ihre Ernährungssicherheit.
Foto: Peter Stuedtner/INKOTA Archiv

fen und Straßen und Häfen bauen zu wollen sowie neuste Technologien mitzubringen. Wenn sich Regierungen aus den Entwicklungsländern auf diese „Land Deals“ einlassen, folgen sie somit dem, was ihnen Weltbank, der Internationale Währungsfonds und Industriestaaten seit Jahren empfehlen. Sie schaffen günstige Investitionsbedingungen für ausländische Agrarkonzerne, setzen auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft in der Wachstum und Effizienz im Zentrum steht und fördern eine exportorientierte Agrarproduktion. Auch die hohen Korruptionsraten in vielen der

betroffenen Länder führen dazu, dass das Land nicht nur für einen Schnäppchenpreis an die Investoren verscherbelt wird, sondern das die Rechte der Menschen, die auf dem Land leben in den Verträgen keinerlei Beachtung finden. Bereichern können sich somit oft die politischen Eliten während Kleinbauern, Nomaden und Fischer die großen Verlierer sind.

Die betroffene Bevölkerung ist von den Verhandlungen ausgeschlossen und erfährt oftmals erst von den Verträgen, wenn sie eines Tages vor einem Zaun stehen und das Land, das sie seit Generationen für ihre Ernährungssi-

cherheit nutzen, nicht mehr betreten können. Die Berichte über gewaltsame Vertreibungen häufen sich und auch die Proteste gegen die „Land Deals“ nehmen zu.

Protest gegen den globalen Landrausch

„Stop Global Land Grabbing!“ steht auf einem großen Transparent, das Aktivisten von Bauernorganisationen vor dem Gebäude der Welternährungsorganisation (FAO) in Rom aufgehängt haben. Während drinnen Regierungsvertreter beim Welternährungsgipfel darüber diskutieren, wie

der globale Hunger bekämpft werden kann, protestieren draußen mehrere Hundert Menschen gegen den Ausverkauf von Land. Die Vertreter von Bauernorganisationen aus über 90 Ländern empfinden den Landrausch der ausländischen Investoren als ein „Grapschen oder Krallen“, das den Menschen schlichtweg den Boden unter den Füßen weggreift. Damit erklärt sich auch der englische Begriff „Land Grabbing“, mit dem die großflächigen Landnahmen umschrieben werden. Durch die neuen „Land Deals“ verlieren die Menschen den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser und stürzen in die Armut. Schon jetzt häufen sich die Berichte von gewaltsamen Vertreibungen von Kleinbauern. Die Methoden der industriellen Landwirtschaft, die von den Investoren vorangetrieben werden, stehen im direkten Gegensatz zu einer bäuerlichen Landwirtschaft. Die neuen „Land Deals“ stellen somit eine immense Bedrohung für die Bauern und damit auch für die weltweite Ernährungssicherheit dar. Im Jahr 2009 ist die Zahl der Hungernden auf 1,2 Milliarden Menschen angestiegen und hat damit einen traurigen Höchststand erreicht. Die Hungerkrise wird sich durch die Großprojekte der Investoren weiter verschärfen. „Das globale Land Grabbing ist unakzeptabel. Es hat nichts damit zu tun bäuerliche Landwirtschaft und lokale Märkte zu stärken. Dabei ist das die Grundlage dafür, ein System zu schaffen, dass die Menschen ernährt“, erklärt Mugi Ramanu von der Indonesischen Kleinbauern Vereinigung vor dem Gebäude der Welternährungsorganisation.

Eine Abkehr von der landwirtschaftlichen Massenproduktion hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft – wie es auch der Weltagrarbericht empfiehlt – ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Kampf gegen Hunger. Bei den Regierungsvertretern ist das offenbar noch nicht angekommen. Wer auf dem Welternährungsgipfel eine deutliche Verurteilung der großflächigen Landkäufe seitens der internationalen Staatengemeinschaft erhofft hatte, wurde schwer enttäuscht.

Evelyn Bahn
Referentin für Welternährung,
INKOTA-netzwerk

Es ist Zeit zu handeln!

Aktion Bundesregierung muss entschieden gegen großflächige Landnahmen eintreten

Die Geschwindigkeit, in der in den vergangenen zwei Jahren Ackerland verkauft wurde, ist schwindelerregend. Vermutlich handelt es sich bei den bekannten Fällen nur um die Spitze des Eisbergs. Das Ausmaß der Landnahmen ist derzeit noch nicht abzusehen. Die großflächigen Landnahmen (Land Grabbing) werden zu

einer immer größeren Bedrohung für die Ernährungssicherheit vieler Länder.

Es ist also höchste Zeit zu handeln. Besonders stehen die Regierungen der betroffenen Entwicklungsländer in der Verantwortung. Sie schließen die Verträge über Landfläche mit ausländischen Investoren ab – meist ohne Einbeziehung der lokalen Bevölkerung.

Doch auch die Bundesregierung kann einiges tun, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit kann sie das Problem mit den Regierungen der Partnerländer thematisieren. Als wichtiges Mitglied in vielen Institutionen wie der Weltbank oder der Welternährungsorganisation kann sie ihren Einfluss geltend machen, um abgestimmte Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft gegen Land Grabbing zu ergreifen.

Doch die Bundesregierung reagiert nur zögerlich. Eine klare Verurteilung

der Landkäufe hat es bisher nicht gegeben. INKOTA fordert daher die Bundesregierung auf, jetzt aktiv zu werden und ihren Einfluss zu nutzen, um den Ausverkauf von Land in Afrika und anderswo zu stoppen.

Unterstützen Sie unsere Aktion und unterschreiben Sie die Forderungen an die Bundesregierung auf Seite III. Setzen Sie gemeinsam mit INKOTA ein Zeichen gegen den Ausverkauf von Land.

Profite statt Kampf gegen den Hunger

Mosambik Millionen Hektar Ackerland im Visier von Investoren aus aller Welt



Wenn das Land an ausländische Investoren verkauft ist, finden sich Kleinbauern, Hirten und Nomaden vor meterhohen Zäunen wieder. Der lebensnotwendige Zugang zu Acker- und Weideland bleibt ihnen verschlossen. Foto: istockphoto

Es gibt ein Landgesetz in Mosambik und trotzdem konnte es nicht verhindert werden: Die Menschen sind Opfer von „Land-Grabbern“ geworden. Mit seiner vorteilhaften Küstenlage sieht sich Mosambik im Visier von Konzernen und anderen Staaten, die nur zu gern Anteile am mosambikanischen Boden erwerben möchten. Neuesten Studien zufolge wurden bereits 15 Millionen Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr, Jathropha und Ölpflanzen zur Herstellung von Ethanol und Biodiesel an ausländische Investoren vergeben.

Es sind entweder die in Aussicht stehenden Gewinne in der Agrar-

kraftstoffbranche, die Land zu einer lukrativen Spekulationsmasse haben werden lassen, oder die Sorge um zukünftige Nahrungsmittelengpässe. Der Aspekt „Entwicklung“ spielt im Falle von „Land-Grabbing“ jedenfalls keine Rolle. Es geht ausschließlich um den Profit der Investoren.

Keine guten Aussichten für die Menschen

Das sind keine guten Aussichten für das Schicksal der betroffenen Bevölkerung. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Großteil der Verträge, die die neuen Eigentumsverhältnisse zementieren,

von besonders langer Dauer sind. Damit etablieren sich langfristige Abhängigkeitsstrukturen, die die Möglichkeit zur Selbstversorgung der Menschen vor Ort weiter einschränken und das Überleben

vieler marginalisierter Gruppen in Frage stellen. Von den rund 21 Millionen Einwohnern Mosambiks leben Dreiviertel auf dem Land und von der Subsistenzwirtschaft. Je mehr Land an Konzerne und ausländische Staaten vergeben wird, desto mehr schränken

In Deutschland muss eine Debatte geführt werden, wo die Mitverantwortung liegt

sich ihre Möglichkeiten ein, eigenverantwortlich ihrem Recht auf Nahrung und einem würdigen Dasein Geltung zu verschaffen.

Auch in Mosambik geht es um die besten Stücke Land. Angaben über „verfügbares Land“ oder Besiedlungsdichte sind daher oft trügerisch. Mit seinem Landgesetz von 1997 erkennt Mosambik zumindest auf dem Papier die traditionellen Rechte von Dorfgemeinschaften, Bauernvereinigungen und Familien an. Jeder kann vom Staat Landtitel erwerben, auch wenn das Land grundsätzlich in Staatsbesitz bleibt. Die maximale Pachtdauer beträgt 50 Jahre. Nach demselben Gesetz muss vor der Vergabe von Land an einen Investor die lokale Bevölkerung mit einbezogen werden, entweder durch eine Anhörung oder durch Konsultation auf Gemeindeebene.

Als ProCana, ein Unternehmen des britischen Konzerns CAMEC, 30.000 Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr für die Agrarkraftstoffproduktion erwarb, ging es um fruchtbares Land am Limpopofluss. Formal wurde das Gesetz eingehalten. Allerdings berichten Organisati-

onen vor Ort, dass nur einmal kurz ein Regierungsvertreter vorbeikam und über die anstehende Investition un-

terrichtete. Dabei ließ er offen, um wie viel Hektar Land es sich handelte und wo genau sie liegen würden. Auch war übersehen worden, dass das Land bereits als Ausweichfläche für Familien gedacht war, die im Zuge der Ausweitung des Krüger-

Nationalparks umgesiedelt werden sollen. Das Land wurde also gleich mehrfach versprochen, mit der Folge dass nun ein Landkonflikt schwelt, weil Fragen der Entschädigung bislang ungelöst blieben.

Tausende Familien wurden vertrieben

Auch andere attraktive Landstriche sind betroffen. In der Provinz Maputo, in den Distrikten Moamba und Magde hat ein südafrikanisch-mosambikanisches Konsortium 29.000 Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr erworben und tausende Familien vertrieben. Sie wurden vor die Wahl gestellt, sich entweder als Feldarbeiter zu verdingen oder auf Almosen zu hoffen. In Nord- und Zentralmosambik stehen ähnliche Großprojekte an. Im Distrikt Nacala spekuliert ein chinesischer Investor darauf, 150.000 Hektar von der mosambikanischen Regierung zu erhalten.

Bisher sind erst kleine Schritte hin zu einem organisierten Widerstand im Land gegangen worden. Nichtregierungsorganisationen in Deutschland können lokalen Organisationen Unterstützung bei der Forderung nach mehr Transparenz bei der Landvergabe und Hilfe bei der Dokumentation von Verletzungen anbieten.

Zwar ist der erste Adressat für derartige Forderungen die Regierung im jeweiligen Land, gleichzeitig muss aber auch in Deutschland eine Debatte darüber geführt werden, wo die Mitverantwortung für eine derartige Entwicklung liegt.

Birte Gäch
Inge Hoffmann-Vaz
Brot für die Welt

„Diese Entwicklung macht uns Angst“

Interview Über Land Grabbing in Mosambik und was die Menschen in Deutschland dagegen tun können berichtet Diamantino Nhampossa



Diamantino Nhampossa stammt aus einer Familie von Kleinbauern in Mosambik. Er ist Geschäftsführer von UNAC, einem nationalen Verband mosambikanischer Kleinbauern, der sich für deren Rechte einsetzt und sie durch verschiedene Fortbildungsmaßnahmen unterstützt. Seit 1999 gehört der Verband der internationalen Kleinbauern- und Landarbeiterbewegung La Via Campesina an.

INKOTA: Was wissen Sie über ausländische Firmen, die Land in Mosambik pachten?

D. Nhampossa: Es kommen etliche ausländische Investoren nach Mosambik. Viele von ihnen sind auf der Suche nach Land für den Anbau von Agrarkraftstoffen oder andere Arten von landwirtschaftlichen Aktivitäten. Das Problem dabei ist, dass sich viele Investoren oft nicht an die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Landnutzung halten. Unser Landgesetz ist gut, aber es bringt nichts, wenn es von den Investoren ignoriert wird. Es ist schwer, an offizielle Informationen zu den „Land Deals“ zu gelangen, aber wir können das Interesse der Investoren selbst beobachten.

Kennen Sie konkrete Fälle von Land Grabbing?

Land Grabbing ist ein neues Phänomen, und diese Entwicklung macht uns Angst. Es geht um wirklich große Gebiete, und es sieht nicht so aus, als würde die Regierung die Interessen der Kleinbauern schützen. In Nordmosambik beispielsweise gibt es einen Landkonflikt zwischen der lokalen Bevölkerung und einer schwedischen Firma, die dort Eukalyptus anbaut, und zwar auf dem Land der Kleinbauern. Im Süden Mosambiks wollte die britische Firma ProCana Zuckerrohr anbauen. Dort leben aber bereits zahlreiche Familien, die durch ProCana ihren Grund und Boden verloren hätten. Ende letzten Jahres hat die Regierung den Vertrag mit ProCana wieder aufgelöst, angeblich, weil sie sich nicht an die vereinbarten Fristen und Auflagen gehalten haben. Die Regierung sucht nun nach einem neuen Großinvestor. Wie es jetzt in der Region für die betroffenen Familien weitergeht,

ist noch unklar – niemand bekommt diese Informationen.

Sie sagen, dass es schwer ist, an Informationen über Landvergabe zu gelangen. Welche Rolle spielen die Medien, um mehr Transparenz zu schaffen?

Offizielle Daten über Landvergabe sind rar. Auch die nationale Presse bringt nicht genügend Informationen, denn ein Großteil der Presse wird von der Regierung kontrolliert. Wir finden mehr Informationen über Landvergabe und geplante Großprojekte in der internationalen Presse oder im Internet. Transparenz alleine reicht aber nicht. Wir sind gegen Landvergabe, die den Kleinbauern schaden.

Können Sie sich eine Situation vorstellen, in der sowohl die ausländischen Investoren als auch die lokale Bevölkerung von den landwirtschaftlichen Großprojekten profitieren?

Eine win-win-Situation kann ich mir momentan für Mosambik nicht vorstellen. Großflächige Landvergabe betrifft hauptsächlich den Anbau von Agrarkraftstoffen für den Export und zum Nutzen der jeweiligen Firma. Damit lösen wir aber nicht die Probleme der Kleinbauern in Mosambik. Ich denke, zunächst einmal sollten wir uns darauf konzentrieren, die Kleinbauern so zu stärken, dass sie genug für den lokalen Bedarf produzieren können. Wirklich ungenutzte Flächen können dann an Investoren verpachtet werden, die dort Kulturpflanzen produzieren können. Diese können dann neben dem Export auch einen Beitrag zur Ernährungssicherung in Mosambik leisten. Ausländische Investoren sollten uns dabei unterstützen, unsere Probleme zu lösen, anstatt nur an ihre eigenen Interessen zu denken.

Ein gutes Landgesetz bringt nichts, wenn es von den Investoren ignoriert wird.

Was kann die Gesellschaft in Deutschland Ihrer Meinung nach tun, um Land Grabbing in Zukunft zu verhindern?

Deutschland kann eine wichtige Rolle spielen: Mehr als 50 Prozent des mosambikanischen Staatshaushalts werden von ausländischen Gebern finanziert, darunter auch Deutschland. Die Zivilgesellschaft in Deutschland sollte Druck auf ihre Regierung ausüben, damit dieses Geld zur Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Umsetzung des Landesgesetzes verwendet wird. Das würde die Armut auf dem Land nachhaltig reduzieren.

Das Interview führten
Christine Wiid und Hakon Albers
INKOTA-netzwerk

Mosambik

Hauptstadt: Maputo (circa 3 Millionen Einwohner)

Einwohnerzahl: 21,6 Millionen

Landfläche: 78,638 Millionen ha

Landwirtschaftlich nutzbare Fläche: 62 Prozent (davon 44 Millionen Hektar Viehweide)

Bevölkerungsanteil auf dem Land: 70 %

Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft: 81 %

Lebenserwartung: 44 Jahre

Kindersterblichkeit (pro 1000 Geburten): 168

Globaler Hunger Index: Alarmierend

Anteil der Unterernährten: 37 %

Grundnahrungsmittel: Maismehl, Weizenmehl, Reis, Maniok, Hirse

Analphabetenrate: ca. 50 %

Human Development Index (Rang von 182 Ländern): 172

Korruptionswahrnehmungsindex (Rang von 180 Ländern): 130

Kleinbauern fördern statt Mega-Farmen schaffen!

Kommentar Warum Landkäufe nichts mit einer Stärkung kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu tun haben – und freiwillige Kodizes keine Lösung sind

Ganz gleich ob es sich um Pakistan, Kambodscha, die Philippinen, Madagaskar, Kenia, Sudan, Äthiopien oder Mali handelt: Nichts am Wettkauf um Ackerland ist im Interesse der Menschen und Gemeinschaften vor Ort. Die neuen Land Deals sind so angelegt, dass sie kleinbäuerliche Landwirtschaft verdrängen. Bauernorganisationen und andere soziale Bewegungen sehen die großflächigen Landnahmen als Ursache für heftige Konflikte – und zwar nicht nur um Land, sondern auch um Wasser. Regierungen, Entwicklungsagenturen und internationale Unternehmen

fürchten hingegen, dass die sozialen Proteste die Euro und Dirham vergraulen, die für weiteres land grabbing bereitstehen. Ihre opportunistische Antwort auf die berechtigte Kritik lautet: Die Landkäufe sollen „funktionieren“, indem die Risiken mit „Verhaltenskodizes“ oder „Freiwilligen Richtlinien“ gemanaget werden. Ende April haben Weltbank, Welternährungsorganisation (FAO), der UN-Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung IFAD sowie die Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD deshalb sieben Richtlinien für sozial akzeptable

Landnahme präsentiert. Vorgeblich wollen sie damit eine so genannte win-win-Situation erreichen: neben den Investoren soll auch die lokale Bevölkerung profitieren.

Tatsächlich wissen die Beteiligten schlichtweg nicht, was sie anderes anbieten sollen. Nach Jahrzehnten der von ihnen propagierten Projekte einer „Grünen Revolution“ und der Strukturanpassungsprogramme gibt es weltweit mehr Hungernde als je zuvor. Doch statt ihr Entwicklungsmodell grundlegend in Frage zu stellen, haben Weltbank und andere beschlossen, überall groß angelegte agrarindustrielle Anbaumethoden einzuführen. Das ist das heimliche Kernziel des land grabbing: das westliche Modell groß angelegter Wertschöpfungsketten zu sichern und auszuweiten – also mehr

von Konzernen kontrollierte Lebensmittelproduktion für den Export.

Keine win-win-Situation

Aus Sicht der sozialen Bewegungen ist das Gerede über win-win-Situationen unrealistisch. Es verspricht Transparenz und gute Regierungsführung – als ob ausländische Investoren die Landrechte der lokalen Gemeinschaften respektieren würden, wenn die örtlichen Regierungen dies nicht tun. Es verspricht Jobs und Technologietransfer – obwohl es sich dabei gar nicht um die eigentlichen Probleme handelt (und wahrscheinlich wenig davon Realität wird). Es ist gekennzeichnet durch Begriffe wie „freiwillig“ und „könnte“ – anstatt durch „garantiert“ und „wird“.

Die aktuelle Landnahme hat nichts mit einer Stärkung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und lokaler Märkte zu tun. Letzteres ist jedoch der einzige Weg hin zu einer Lebensmittelproduktion, die die Menschen tatsächlich ernährt. Das land grabbing muss gestoppt werden. Anstatt die Zeit mit win-win-Märchen zu vergeuden, müssen wir dringend darüber ent-

scheiden, welche Landwirtschaft wir wollen. Die wesentlichen Fragen sind: Welche Anbausysteme versorgen die Menschen, machen sie nicht gleichzeitig krank, halten die Bauern auf dem Land und lassen die lokalen Gemeinschaften prosperieren?

Das globale land grabbing wird die Ernährungskrise nur verschlimmern – mit oder ohne „Prinzipien“ und „Leitlinien“. Es fördert eine Landwirtschaft, die auf großen Monokulturen, Chemikalien, fossilen Brennstoffen und sklavennähnlicher Arbeit beruht. Mit dieser industriellen Landwirtschaft kann man die Welt nicht ernähren, insbesondere nicht angesichts der neuen Herausforderungen durch den Klimawandel. Sie mehrt nur den spekulativen Profit Weniger und die Armut Vieler. Natürlich benötigen wir Investitionen. Aber Investitionen in Ernährungssouveränität, in Millionen lokale Märkte und in die drei Milliarden Bauern und Bäuerinnen, die momentan den Großteil der Nahrung weltweit produzieren – nicht in wenige Mega-Farmen, die von einigen Großgrundbesitzern kontrolliert werden.

Devlin Kuyek

GRAIN (www.farmlandgrab.org)

Aus dem Englischen von Armin Massing.

Spekulanten greifen nach Ackerland

Landgier Gewinne auf Kosten der Hungernden

Susan Payne sagt, was Sache ist. Mit entschlossener Stimme und selbstbewusster Körpersprache erklärt die Business-Frau einem Dutzend Großinvestoren in London, warum ihr African Agricultural Land Fund in Ackerland investiert. Und zwar in 15 Ländern Subsahara-Afrikas. „Wie werden wir Geld verdienen?“ Payne entnimmt ihren Modellrechnungen, dass die Preise für Nahrungsmittel in den nächsten Jahren steigen werden. Eine proteinreichere Ernährung in China steigert die Nachfrage, der Klimawandel könnte zu mehr Ernteausfällen führen und das Angebot verknappt. Weltweit sind Agrarkraftstoffe in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln getreten und verschärfen diese Lage. Es gibt in Afrika unvorstellbar viel ungenutz-

ihre Brötchentütenaktion zurück, als es zu öffentlichen Protesten gegen die „Geschäftemacherei mit dem Hunger“ kam.

Die DWS Investment, Teil der Deutschen Bank Gruppe, hat inzwischen einen Fonds aufgelegt, der wenigstens den Namen nach in Land investiert. Auf Anfrage von INKOTA bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) antwortet eine Sprecherin: „Die BaFin hat keine Informationen zum DWS Global Agricultural Land & Opportunities Fund, insbesondere weder zur rechtlichen Struktur noch zu den Vermögensgegenständen oder zum Fondsvolumen. Nach unseren Recherchen handelt es sich vermutlich um einen ausländischen Investmentfonds, der auf den Cayman Islands aufgelegt worden ist.“ Das bedeutet, dass der Fonds nicht öffentlich vertrieben werden darf. Deshalb keine Brötchentüten.

Einem Artikel des Magazins „Das Investment“ zufolge investiert der Fonds unter anderem in Sambia, einem der ärmsten Länder weltweit mit einem hohen Anteil an Unterernährten und hoher Kindersterblichkeit. Tritt ein Investmentfonds als Konkurrent von Kleinbauern beim Kauf von Ackerland auf, braucht man nicht viel Fantasie, um das Bild weiterzuzeichnen. Mangelnder Zugang zu Land ist einer der Hauptgründe, warum Menschen hungern. Auch der in Indien aufgelegte DWS Global Agribusiness Offshore Fund will zumindest einen Teil des Vermögens mit Landspekulation vermehren. Wo genau Land aufgekauft werden soll, bleibt auch bei diesem Fonds im internationalen Finanzgeflecht verborgen. Die Öffentlichkeitsabteilung der DWS wollte zu den Informationen über die Fonds und deren möglichen Anlagestrategien in Afrika keine Stellung beziehen.

Hakon Albers
INKOTA-netzwerk

Investoren werben mit steigenden Nahrungsmittelpreisen

Deutsche Bank Gruppe hält sich bedeckt

Susan Payne wirbt mit steigenden Nahrungsmittelpreisen. Dieses Verkaufsargument weckt gerade in Deutschland schlechte Erinnerungen. Während die Zahl der Hungernden explodierte, druckte die Deutsche Bank im April 2008 auf Brötchentüten eine Werbung für einen Agrarrohstofffonds. „Freuen Sie sich über steigende Preise?“, lautete der Slogan. Schnell zog die Bank

Wir müssen dringend entscheiden, welche Landwirtschaft wir wollen!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Sehr geehrter Herr Minister Niebel,

Ich bin sehr besorgt über die Auswirkungen von großflächigen Landnahmen (Land Grabbing) auf die Ernährungssicherheit in den betroffenen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Allein seit 2006 wurden 40 Millionen Hektar Land an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet, um dort Nahrungsmittel oder Energiepflanzen für den Export anzubauen. Leidtragende sind die Menschen, die auf und von diesem Land leben. Vertreibungen und Landkonflikte nehmen zu. Schon jetzt hungern über eine Milliarde Menschen. Der Zugang zu Land ist eine der wichtigsten Voraussetzungen im Kampf gegen den Hunger. Die Bundesregierung steht mit in der Verantwortung. Land Grabbing gefährdet zunehmend das Erreichen internationaler Vereinbarungen zur Hungerbekämpfung. Es ist höchste Zeit zu handeln. Ich fordere Sie gemeinsam mit dem INKOTA-netzwerk auf, Ihren Einfluss zu nutzen, um den Ausverkauf von Land in Afrika und anderswo zu stoppen:

- Berücksichtigen Sie Land Grabbing als zentrales Problem im Afrika-Konzept der Bundesregierung und gehen Sie ressortübergreifend dagegen vor.
- Thematisieren Sie Land Grabbing in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und fördern Sie gezielt die Sicherung von Landrechten in den betroffenen Ländern.
- Verhindern Sie, dass durch Auflagen bei der Kreditvergabe internationaler Finanzinstitutionen wie der Weltbank großflächige Landnahmen begünstigt werden.
- Lehnen Sie die Initiative der Weltbank für freiwillige Prinzipien für verantwortungsvolle Agrarinvestitionen als völlig unzureichende Antwort auf das Problem des Land Grabblings ab.
- Setzen Sie sich für die Einrichtung eines verbindlichen internationalen Registers von großflächigen Landkäufen ein, um Transparenz und Mitsprache für die Betroffenen zu ermöglichen.

Name _____ Unterschrift _____
Adresse _____



An
**Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel**

**Bundesentwicklungsminister
Herr Dirk Niebel**

Adresse der Sammelstelle:
**INKOTA-netzwerk
Chrysanthemenstraße 1-3
10407 Berlin
Fax: 030 420820 - 210**



Bestellformular

Hiermit bestelle ich gegen Versandkosten:

- Anzahl
- Protestpostkarte „Nein zum Ausverkauf von Afrika“
 - Aktionszeitung „Nein zum Ausverkauf von Afrika“ (vorliegend)
 - INKOTA-Infomappe Welternährung mit 10 thematischen Infoblättern (0,50 €)
 - INKOTA-Dossier: Großflächige Landnahmen (2010) (2,50 €)
 - INKOTA-Dossier: Landwirtschaft Global (2008) (2,50 €)
 - INKOTA-Jahresbericht 2009

Weitere Materialien finden Sie im INKOTA-Webshop:
www.inkota.de/material

- Ich möchte regelmäßig über Aktionen von INKOTA informiert werden.

Name _____
Adresse _____
Mail _____

Hunger nach Veränderung:

Ich möchte die Arbeit des INKOTA-netzwerks unterstützen und erteile die nachstehende Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Den abzubuchenden Betrag und meine Kontodaten habe ich angekreuzt und eingetragten.

Ich spende einmalig monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich

20 Euro 30 Euro 60 Euro _____ Euro

Name _____
Adresse _____
Mail _____
Telefon _____
Kontonummer _____ Bankleitzahl _____
Name und Sitz der Bank _____

Unterschrift _____

Das DZI-Spendensiegel bescheinigt INKOTA einen sparsamen und transparenten Umgang mit Spendengeldern.



Hunger auf Veränderung?

Engagement Seit 40 Jahren engagieren sich aktive Menschen bei INKOTA für eine gerechtere Welt.

Die entwicklungspolitischen Kernziele des INKOTA-netzwerks lauten: Hunger bekämpfen, Armut besiegen, Globalisierung gerecht gestalten! INKOTA setzt mit gezielten Kampagnen in Deutschland Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik unter Druck und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Schatten der Globalisierung und den Menschenrechtsschutz. Zentrale Arbeitsgebiete sind der Einsatz für Arbeit in Würde, der Kampf gegen den weltweiten Hunger sowie das Errichten fairer Finanz- und Handelsbeziehungen weltweit. INKOTA unterstützt außerdem Partnerorganisationen in Mittelamerika, Mosambik und Vietnam – und richtet sich an alle Menschen, die im Kontext des Nord-Süd-Konflikts den dringlichen HUNGER AUF VERÄNDERUNG spüren.

Werden Sie Fördermitglied von INKOTA:

Durch Mitgliedsbeiträge können wir unsere entwicklungspolitische Arbeit

langfristig planen und sind zudem unabhängig von anderen Geldgebern. Darüber hinaus wächst mit steigender Mitgliederzahl unser politisches Gewicht.

Werden Sie aktiv in unseren Aktionsgruppen:

INKOTA-Unterstützer treffen sich regelmäßig um öffentlichkeitswirksame Aktionen zu entwicklungspolitischen Themen zu planen, um zu diskutieren und gemeinsam für eine gerechtere Welt aktiv zu werden. Wir freuen uns auf Ihre Ideen. Dabei sind Ihrer Kreativität keine Grenzen gesetzt. Wenn Sie bei uns mitmachen wollen, schreiben Sie eine Email an Evelyn Bahn: bahn@inkota.de

Vernetzen Sie sich mit uns im Internet:

Auf Facebook und Twitter erfahren Sie alle Neuigkeiten. Wir berichten

über Aktionen und Veranstaltungen und kommentieren aktuelle entwicklungspolitische Ereignisse. Vernetzen sie sich mit uns und vielen anderen INKOTA-Freunden: www.facebook.com/inkota und www.twitter.de/inkota. Die wichtigsten Neuigkeiten sind außerdem natürlich unserer Webseite zu entnehmen. Dort ist alles rund um INKOTA und unsere Themen ausführlich und anschaulich aufbereitet.

Werden Sie aktiv mit INKOTA

Informieren Sie sich über unsere Arbeit:

Im INKOTA-Brief und in zahlreichen anderen Materialien können Sie spannende Texte zu entwicklungspolitischen Themen lesen und erhalten viele Hintergrundinformationen.

Mehr erfahren Sie auf unserer Website: www.inkota.de



Hilferuf aus Nampula:



Foto: Peter Steudtner/INKOTA Archiv

Stärken Sie Kleinbauern im Kampf gegen Land Grabbing!

Ein norwegischer Konzern hat im Norden Mosambiks eine Fläche von mehr als 200.000 Hektar erworben. Das Unternehmen möchte in der Provinz Nampula Eukalyptus zur Papier- und Holzproduktion anbauen. Gleichzeitig investiert eine irische Firma in der Region in ein Großprojekt zum Titansandabbau. Dem Bauernverband ORAM bereitet das große Sorge. Die INKOTA-Partnerorganisation setzt sich für die Rechte von Kleinbauern ein und will verhindern, dass noch mehr Menschen ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage verlieren. Ein wichtiger Schritt ist die Demarkierung und Registrierung des Landes. Mit dem

Landtitel erhalten die Kleinbauern Rechtssicherheit und können sich und ihre Familien dauerhaft mit Nahrungsmitteln versorgen.

Das gilt auch für fünf Bauernvereine, die in Nampula Reis für die lokalen Märkte anbauen. ORAM hat INKOTA um Unterstützung bei der Vermessung und Registrierung ihres Landes gebeten. Die Kosten für die Gesamtfläche von etwa 4.000 Hektar belaufen sich auf 7.000 Euro.

Helfen Sie mit Ihrer Spende, die Lebensgrundlage von 600 Menschen in Mosambik zu sichern: Spenden Sie für die Kleinbauern von Nampula!

Empfänger: INKOTA-netzwerk e.V.
Spendenkonto: 155 500 00 10
Stichwort: Aufruf Nampula

Kreditinstitut: KD-Bank
BLZ: 350 601 90

„Ich unterstütze INKOTA, weil...“



Ernesto Cardenal,
nicaraguanischer
Dichter, Mitglied im
INKOTA-Beirat

... INKOTA nicht nur im Süden handelt, sondern auch die Verantwortung der Industrienationen des Nordens für die Situation der Länder des Südens sieht und aus dieser Einsicht heraus im Norden aktiv ist. Das sehe ich mit ausgesprochen großer Freude.

In meinem Heimatland Nicaragua unterstützt INKOTA außerdem seit vielen Jahren wichtige Projekte in den Bereichen Menschenrechte, ländliche

Entwicklung und Stärkung von Frauen. Auch diese Arbeit verdient große Anerkennung.

Ich kann die Unterstützerinnen und Unterstützer von INKOTA nur bitten: Machen Sie weiter und stärken Sie die Nachhaltigkeit der Arbeit von INKOTA auch im Inland. So werden positive Veränderungen im Verhältnis zwischen Nord und Süd möglich.“

Unterstützen Sie INKOTA:

Empfänger: INKOTA-netzwerk e.V.
Spendenkonto: 155 500 00 10
Kreditinstitut: KD-Bank
BLZ: 350 601 90
Stichwort: Welternährung

Informieren Sie andere über den Ausverkauf von Land!

Sie wollen in Ihrer Stadt oder Gemeinde eine Informationsveranstaltung zum Thema Land Grabbing organisieren? Sie wollen mehr über den Ausverkauf von Land wissen oder interessieren sich speziell für Mosambik? Unsere Referenten kommen gerne in Ihre Aktionsgruppe, Weltladengruppe, Kirchen-

gemeinde oder Studierendengruppe und beantworten Ihre Fragen, stellen Aktionsmöglichkeiten vor und diskutieren mit ihnen was getan werden kann, um Kleinbauern zu unterstützen. Rufen Sie einfach bei INKOTA an oder schreiben Sie eine Mail! Gerne vereinbaren wir mit Ihnen einen Termin.

Impressum

Herausgeber:
INKOTA-netzwerk e.V.
Chrysanthenstraße 1-3
10407 Berlin
www.inkota.de
inkota@inkota.de
Telefon: 030 - 42 08 2020
Fax: 030 - 42 08 20 210

Redaktion:
Evelyn Bahn V.i.S.d.P.
Maximilian Knoblauch, Hakon Albers
Gestaltung/Reinzeichnung:
www.bertramsturm.de
Gestaltung des Postkartenmotives:
Dojo-Werbeagentur
Druck:
Taz
April 2010

